

TenneT TSO GmbH
Bernecker Str. 70
95448 Bayreuth

FuldaMain@tennet.eu
info@tennet.eu

Burghaun, 2021-01-06

Stellungnahme zu den Vorplanungen der Fulda-Main-Leitung

Mit der fristgerechten Einreichung einer vorläufigen Stellungnahme möchten wir der Aufforderung zur Beteiligung am Planungsprozess zur Fulda-Main-Leitung nachkommen.

Aktueller Stand

Übertragungsnetzbetreiber TenneT zeichnet für die Bedarfsermittlung, die Planung und den (späteren) Bau dieser 380-kV-Wechselstromleitung verantwortlich.

Die Fulda-Main-Leitung ist Teil des aktuellen Netzentwicklungsplans der ÜNB. Die BNetzA hat den NEP 2030 (2019) zwar bestätigt, allerdings hat die Bundesregierung die Novellierung des Bundesbedarfsplans noch nicht beschlossen und somit ist das Projekt bisher nicht gesetzlich verankert.

Als Bedarfsbegründung wird – wie bereits bei SuedLink - der ansteigende Ausbau der erneuerbaren Energien im Norden Deutschlands angegeben und somit könne durch die bestehende 380 kV-Netzstruktur die Energie nicht mehr ausreichend in den Süden abtransportiert werden. Die Fulda-Main-Leitung wird mit einer durchschnittlichen Auslastung von 15-17% (!) lt. Netzentwicklungsplan bereits als notwendig erachtet.

Eine teilweise Erdverkabelung der Wechselstromtrasse wird in Aussicht gestellt.

Beteiligungsverfahren

Aufgrund der Corona-Pandemie findet das Beteiligungsverfahren hauptsächlich online statt. Diese Form der Kommunikation ist nach wie vor mit großen Problemen behaftet und kann einer umfangreichen Bürgerbeteiligung nicht gerecht werden. Es gibt große Schwierigkeiten bzgl. Technik, Teilnahmebedingungen (Teilnehmerzahl/Mitsprache), Transparenz, etc. Die Bekanntgabe der Veranstaltungstermine war bisher unzureichend, sodass vielen interessierten Bürger*innen die Möglichkeit zur Teilnahme verwehrt blieb.

Ebenso untragbar ist die Festlegung einer ersten Beteiligungsfrist bis zum 08.01.2021 mit der Aufforderung bereits zum jetzigen Zeitpunkt möglichst viele regionale Raumwiderstände aufzuzeigen. Viele Kommunen, Ortsvorsteher*innen, Bürgerinitiativen und Betroffene wurden somit im Hinblick auf Versammlungsverbot, Lock-down, Weihnachtsfeiertage, Jahreswechsel und Urlaub unnötiger Weise unter erheblichen Zeitdruck gesetzt. Dabei müssen erst im offiziellen Verfahren der Bundesfachplanung relevante Stellungnahmen abgegeben werden.

Erstes Fazit bzgl. Vorplanung

- Der bisher vorgestellte Trassenkorridor der Fulda-Main-Leitung (inklusive der Alternativen) entspricht großteils dem des ursprünglich als Freileitung geplanten SuedLink. Infolgedessen sind dem ÜNB TenneT bereits viele Raumwiderstände aus den zurückliegenden Konsultationsverfahren bekannt.

Wir sind überzeugt, dass ÜNB TenneT das vorrangige Ziel verfolgt das Planungsverfahren zu beschleunigen. Sollte das BBPIG in Kürze verabschiedet werden, will man schnellstmöglich den Antrag auf Bundesfachplanung bei der Bundesnetzagentur stellen können und durch die regionalen Hinweise frühzeitig Fakten schaffen. Gemeinden, die bisher nicht vom Leitungsbau betroffen waren, werden benachteiligt, das St. Florians-Prinzip führt zusätzlich zu Unfrieden in der Region. Der fehlende öffentliche Diskurs wird vom ÜNB für seine Zwecke ausgenutzt.

- Die Kosten für den geplanten Übertragungsnetzausbau sind volkswirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Die Taktik, dass Leistungsspitzen in der Stromproduktion durch immer mehr Leitungen abgefangen werden müssen, ist in Zukunft schlichtweg unbezahlbar. Bei einer durchschnittlichen Auslastung der Fulda-Main-Leitung von 15-17% sollte bei Bedarf eine umweltverträgliche Lösung durch Ertüchtigung bestehender Leitungen möglich sein.

Ein aktuelles Gutachten von Prof. Dr. Lorenz Jarass zeigt auf, dass es keine Kosten-Nutzen-Analyse für den Netzentwicklungsplan der ÜNB gibt und kostengünstigere Alternativen nicht berücksichtigt werden. EU-Verordnungen zum grenzüberschreitenden bzw. innerdeutschen Leitungsausbau beinhalten keine zentrale Definition über erforderliche Ausbaumaßnahmen. Den Interpretationsspielraum machen sich die ÜNB anscheinend zu Nutze, ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen gegenüber der Politik durchzusetzen. Durch massive Lobbyarbeit und Einflussnahme auf die Gesetzgebung ist keine objektive Bewertung (im Sinne des Gemeinwohls) gegeben. Dies gilt übrigens auch für den TYNDP der ENTSOE.

- Der SuedLink soll aufgrund großer Raumwiderstände und Riegel nicht durch den Landkreis Fulda gebaut werden. Dies bedeutet, dass gegebenenfalls auch die Fulda-Main-Leitung nur als Freileitung realisiert werden könnte. Dem stehen die bekannten Raumwiderstände entgegen, ergänzt durch geplante Infrastrukturmaßnahmen der Bahn AG, die aktuellen Bauleit- und Flächennutzungspläne der Gemeinden mit Erweiterung von Bau- und Gewerbeflächen, Vorrangflächen für Windkraftanlagen und Solarparks.

Das Argument, dies könne vor dem jeweiligen Planfeststellungsbeschluss nicht berücksichtigt werden, ist im Hinblick auf bereits konkret eingeleitete Planungsverfahren und Genehmigungen nicht tragfähig.

Abschließende Bemerkung

Wir sind nicht bereit, die Netzpolitik der Übertragungsnetzbetreiber mitzutragen, die inzwischen fälschlicherweise jede Stromleitung als notwendiges Projekt für die Energiewende bezeichnen und gleichzeitig ihr Geschäftsmodell erweitern möchten. Ziel ist dabei die Vormachtstellung im Energiesektor (Großspeicher, Reservekraftwerke, Elektrolyseure, Rückverstromung über Kraftwerke,...) u.a. auf Kosten der privaten Stromverbraucher.

Die Strompreise in Deutschland liegen seit Jahren auf Rekordniveau daher wird der Unmut über die verfehlte Netzpolitik immer lauter, sodass auch die Politik im Bundestags-Wahljahr 2021 zunehmend in Bedrängnis geraten wird. Aufgrund der unterschiedlichen Interessen der einzelnen europäischen Länder, ist ein gemeinsames Konzept zur Umsetzung der Energiewende nicht ersichtlich, im Gegenteil. Ein Netzausbau für Kohle- und Atomstrom aus dem Ausland ist in keiner Weise gerechtfertigt.

Wir werden uns weiterhin für die Änderung der energiepolitischen Rahmenbedingungen einsetzen, sodass sich dezentrale, kunden- bzw. anwendungsnahe Lösungsoptionen inklusive Sektorenkopplung mit PtG und H₂ (Power-to-Gas/Wasserstoff) weiter entwickeln können, ohne dass die hohen Investitionskosten über Netzentgelte (Strom/Gas) sozialisiert werden.

Vom Ausbau des Verteilnetzes wird es abhängen, ob die Energiewende gelingt, denn immerhin werden hier über 95% der Erneuerbaren Energien eingespeist und dadurch auch die Versorgungssicherheit garantiert. Kommunen sind zunehmend bereit ihren Beitrag zu leisten und die Energiewende in regionalen Projekten umzusetzen. Eine Übermacht der ÜNB sehen wir als kontraproduktiv.

Zur Fulda-Main-Leitung bleibt für den Augenblick abschließend zu erwähnen, dass der Verlauf dieser 380-kV-Wechselstromtrasse durch politisches Kalkül und nicht aus netzplanerischer Notwendigkeit gewählt wurde. Denn der Hotspot für zusätzlichen Strombedarf liegt definitiv in Frankfurt/Main.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Quanz

Sprecherin der Bürgerinitiative KIEBITZGRUNDaktiv